

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grotzmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich 1,50 Mk., halbjährlich 3 Mk., jährlich 6 Mk.
Einsendungen für den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 25. Oktober. Se. Majestät der Kaiser nahm heute an den Dreihundertjährigen Gedenkstücken der Kaiserin Elisabeth in der Hofkapelle teil. Nach beendeter Jagd findet im Schloss zu Sanssouci ein größeres Jagd-Dinner statt. Am Abend um 9 Uhr gebet der Kaiser mittelst Silberneuer die Kaiserin über Halberstadt und Maadenburg nach Potsdam anzureisen. Die Ankunft Sr. Majestät auf der Potsdamer Station dürfte voraussichtlich morgen früh 12 Uhr 35 Minuten erfolgen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem kaiserlichen Oberbefehlshaber der Ostpreussischen Armee, General v. Moellath, die Beförderung zum General der Infanterie verliehen. Der Kaiser hat ferner dem General v. Moellath die Beförderung zum General der Infanterie verliehen.

Wie in Danzig verlautet, werden der Kaiser und die Kaiserin bei Gelegenheit der Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Berlin, 25. Oktober. Dem Reichsgerichtspräsidenten von Simon ist von der Kaiserin eine hohe und wichtige Aufgabe übertragen worden, in welcher die Kaiserin die Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Das Landes-Oberverwaltungsamt wird sich auch mit einem Antrag zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen zu beschäftigen haben. Der Kaiser hat ferner dem General v. Moellath die Beförderung zum General der Infanterie verliehen.

Die „Post“ berichtet heute Abend entschieden, dass Herr von Scharlow, der Nachfolger des kaiserlichen Oberbefehlshabers der Ostpreussischen Armee, General v. Moellath, die Beförderung zum General der Infanterie verliehen.

In seiner heutigen Sitzung trat der Reichsrath in die Verhandlungen über den Etat für das kaiserliche Oberverwaltungsamt ein. In der ersten Sitzung kam insbesondere der Wunsch nach einer Vermehrung der Schlichter zum Ausdruck. Es wurde ferner darauf hingewiesen, dass hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen und Straßen ins Auge zu fallen sei. Die weitere Beratung findet zunächst in einer Kommission von fünf Mitgliedern statt, welche zu diesem Zweck gewählt wurde.

Wegen Aufregung verschiedener Gesellschaften gegen einander wurde heute der frühere Reichsminister für die Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Der „Reichs-Anzeiger“ giebt heute einen Situngsbericht des Reichsraths. In den Sitzungsberichten der Reichsraths-Sitzungen der Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Die „Nat.-Ztg.“ beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dem für das Zentrum so ungünstigen Ausfall der Reichstagswahl in Preußen und glaubt hieraus nicht nur eine rasche Verminderung der Anhänger des Zentrums nicht nur in Preußen, sondern im Reich überhaupt folgern zu können, die selbst durch die jetzt von der Zentrumspresse betriebene Position gegen die Reichstagswahl nicht aufgeben werden könnte. Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dieser Wahl, indem sie annimmt, dass Zentrum als Partei werde aus derselben wohl keine Vorteile zu ziehen haben. Nichts desto weniger werde die Partei, maßgebende Disziplin des Zentrums in der Zukunft Überwindungen wie die durch Sigmund zu überwinden müssen.

Eine von der Frauenagitations-Kommission einberufene, von ca. 1800 Personen besetzte Volksversammlung im Saale des Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

— Bischof Dr. Reinkens hielt gestern im Saale des Hotel Imperial einen öffentlichen Vortrag über den Katholizismus der ultramontanen Kirche. Der Saal war dicht gefüllt, wir sahen u. A. Prof. Pfeiffer, die evangelischen Geistlichen und Dr. Schneider, Kammergerichtsrat, Prof. Angerer, Prof. Ecker und Schulrat Küppers. Der Redner, dessen Ausführungen nahezu zwei Stunden in Anspruch nahmen, suchte den Katholiken zu zeigen, dass das „ultramontane System“, die jetzige katholische Kirche, die an Stelle des „ultraliberale“ das „ultraliberale“ gesetzt, nicht mehr das Recht habe, sich katholisch zu nennen, weil es in Lehre, Kultus, Sittengehalt und Verfassung den Auffassungen der alten Kirche zuwidergehandelt habe. Unkatholisch sei das ultramontane System in Bezug auf die Tradition, weil es verlange, dass man auch das glaube, was die jetzt lebenden Bischöfe lehren, während das wahre Traditionsprinzip sich nur

auf das stützen dürfe, was in der alten Kirche vorhanden; unkatholisch sei das ultramontane System ferner bezüglich der Gestaltung der Konzilien, die nach Abtrennung der morgenländischen Kirche nicht mehr die wahre Tradition der ganzen Kirche verkörpern können, unkatholisch sei die Deutung der Abendmahlfeier als unblutige Wiederholung des Kreuzesopfers und die daran anschließenden Spekulationen, während in der alten Kirche diese Feier nur den Charakter der Vergewärtigung dieses Opfers getragen, unkatholisch seien die neuen Offenbarungen, wie sie vor allem in dem Herz-Jesus-Kultus zu Tage treten, da in der alten Kirche ausdrücklich unterlagert sei, den Heiland in Theilen anzubeten, unkatholisch sei es weiter, dass man an Stelle der Liebe den Gehorsam als die höchste Tugend hinstelle und den Menschen dem geistlichen Oberhaupt gegenüber als „Knecht“ auffasse, unkatholisch sei es, dass ein Bischof überhaupt sich das Haupt der Kirche nenne, und noch unkatholischer sei es, wenn jetzt der Papst sich als Quell und Ursprung des Christentums bezeichne, unkatholisch sei endlich auch der Streit der Hierarchie um die Macht, welche in den Staaten. Der Redner schloß endlich mit den Worten: „Wir Katholiken nennen uns katholisch, weil wir dieses Wort in dem Sinne der alten Kirche fassen, weil wir auf dem Boden der alten ungetheilten Kirche stehen in Lehre, Kultus, Sittengehalt und Verfassung und weil wir dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und dem Gotte, was Gottes ist.“

— In dem Auszuge, den die „Allg. Ztg.“ aus der Begründung der Willkürvorlage gemacht hat, wird den vierten Paragrafen bei der Infanterie die Aufgabe zuerkannt, die sämtlichen Dienstausübenden auszubilden. Diese Darstellung hat manigfache Zweifel hervorgerufen, da doch die Ausbildung der Mannschaften nicht nur bei den vierten Paragrafen, sondern bei jeder Truppe die Hauptaufgabe sei. Es ist schon früher aufeinander offiziell gemeldet worden, dass die vierten Paragrafen im Kriegsfalle den Stamm für Neu- und Wiederformationen bilden sollen, und dass ihnen in Friedenszeiten die Übernahme des Arbeitsdienstes, eines Teils der Wachen, die Schulung der Landwehr und der heutigen Ersatzverfahren, so lange es deren noch gibt, zufallen solle. Dieses hiesige „Cadre-Paragrafen“ sollte einen Major, zwei Hauptleute und fünf Plutons anführen. Es bleibt abzuwarten, in wie weit die jetzige Mitteilung der „Allg. Ztg.“ nur auf einer missverständlichen Fassung oder Verkürzung des Inhalts der Vorlage beruht.

— Dem Reichsgerichtspräsidenten a. D. Dr. von Simon ist das folgende Dankschreiben der Frau Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Eure Excellenz haben mir wie dem Großherzog eine so hohe und wichtige Aufgabe übertragen worden, in welcher die Kaiserin die Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

In seiner heutigen Sitzung trat der Reichsrath in die Verhandlungen über den Etat für das kaiserliche Oberverwaltungsamt ein. In der ersten Sitzung kam insbesondere der Wunsch nach einer Vermehrung der Schlichter zum Ausdruck. Es wurde ferner darauf hingewiesen, dass hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen und Straßen ins Auge zu fallen sei. Die weitere Beratung findet zunächst in einer Kommission von fünf Mitgliedern statt, welche zu diesem Zweck gewählt wurde.

Wegen Aufregung verschiedener Gesellschaften gegen einander wurde heute der frühere Reichsminister für die Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

Die „Nat.-Ztg.“ beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dem für das Zentrum so ungünstigen Ausfall der Reichstagswahl in Preußen und glaubt hieraus nicht nur eine rasche Verminderung der Anhänger des Zentrums nicht nur in Preußen, sondern im Reich überhaupt folgern zu können, die selbst durch die jetzt von der Zentrumspresse betriebene Position gegen die Reichstagswahl nicht aufgeben werden könnte. Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dieser Wahl, indem sie annimmt, dass Zentrum als Partei werde aus derselben wohl keine Vorteile zu ziehen haben. Nichts desto weniger werde die Partei, maßgebende Disziplin des Zentrums in der Zukunft Überwindungen wie die durch Sigmund zu überwinden müssen.

Eine von der Frauenagitations-Kommission einberufene, von ca. 1800 Personen besetzte Volksversammlung im Saale des Kaiserin Elisabeth (Jahrestag 1893), welche der Einberufung Danzigs in den preussischen Staat gilt, der Stadt Danzig einen Besuch abstatten.

worden ist. Auch der Reichstag hat sich bekanntlich im Jahre 1888 im Anschluß an eine Eingabe des Vereins zur Bekämpfung des Wuchers im Saargebiet für Ausdehnung der gesetzlichen Maßnahmen gegen den Wucher erklärt. Namentlich der Wucher auf dem Lande ist es, welcher zu erneuten Vorhaben anspornt. Da gibt es allerdings Mißstände, welche der Abhilfe auf gesetzlichem Wege bedürfen. Die Erhebungen, welche der Verein für Sozialpolitik über den Wucher auf dem Lande angestellt hat und deren Ergebnisse seinerzeit veröffentlicht sind, geben hierfür ein reiches Material an die Hand. Namentlich Erhebungen sind übrigens inzwischen von verschiedenen Bundesregierungen angestellt worden und haben gleiche Ergebnisse gezeigt. Danach wird hauptsächlich über wucherliche Bedrückung in Mittel- und in Westdeutschland geklagt, namentlich in den ärmeren Teilen der preussischen Regierungsbezirke Rassel, Wiesbaden, Trier, Koblenz und Aachen, im westlichen Thüringen, in der Gegend des Vogelsberges und des Hessischen Odenwaldes, in den weinbaubereichen Bezirken Baden, in der bayerischen Rheinpfalz und in Elsaß-Lothringen. Doch wird auch aus vielen anderen Gegenden das Vorkommen wucherlicher Ausbeutung gemeldet. Es ist nun klar, daß die Gesetzgebung nicht den Wucher aus der Welt schaffen kann, ebenso wenig wie sie es mit dem Diebstahl fertig gebracht hat. Dadurch jedoch, daß man die Anwendung des Wuchergesetzes auf alle gewerblichen und gewohnheitsmäßige Rechtsgeschäfte ausdehnt, welche zur Ausbeutung von in Notlage befindlichen Mitmenschen abgeschlossen werden, besitzt man dem größten Theile der bisher noch nicht getroffenen Wuchergesetze den Garaus machen zu können. In dieser Hoffnung wird man durch die erstens im Entwurfe, welche das gegenwärtige Wuchergesetz gehabt hat, bestätigt. Jedoch sollte man sich hüten, von der Strafgesetzbuch allein eine Verminderung des Wuchers zu erwarten. Mehr als alle Strafgesetze werden durch die Aufklärung der ländlichen Bevölkerung über die Bedeutung der Rechtsgeschäfte, welche sie einleiten, die Hebung des Mangels an gesunden Kredit durch Begründung von Genossenschaften, die Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie überhaupt die Hebung der Sittlichkeit und Bildung in den vom Wucher heimgesuchten Gegenden beitragen. Diese Aufgaben, die im Allgemeinen nicht unmittelbar auf dem Gebiete der Gesetzgebung liegen, werden anderweitig gelöst werden müssen.

Stuttgart, 25. Oktober. (W. L. Z.) Der Staatsanzeiger für Württemberg berichtet den Reinertrag der Eisenbahnen für das Etatsjahr 1891-92 auf 11,377,000 Mark, also 3,400,000 Mark weniger als im Vorjahrsjahre angegeben war und 3,890,000 Mark weniger als der Reinertrag der Eisenbahnen ausmachte. Insbesondere ist der Ausgabe-Etat um 3,051,000 Mark überschritten.

Österreich-Ungarn.

Wien, 25. Oktober. (W. L. Z.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Einberufung des Reichsraths zum 5. November.

Wien, 25. Oktober. Die deutschliberalen Mitglieder der Reichsräther-Stadterhebung werden gegen die Auflösung der letzteren nicht protestieren.

Die Blätter kündigen den Erlaß einer Verordnung betreffs Einstellung des Verkehrs auf der Donau an zur Verhinderung der Einschleppung der Cholera.

Best, 25. Oktober. In der Epidemie-Kommission konstatirte der Ober-Physikus eine wesentliche abnorme Abnahme der Cholera-Epidemie; von Winternach bis gestern Nachmittag 4 Uhr sind 11 Erkrankungen und 8 Todesfälle vorgekommen.

Best, 25. Oktober. Ueber die bereits eingetretene oder doch bevorstehende Ministerkrise, schreibt der „Pester Lloyd“, werden seit einigen Tagen in verschiedenen Blättern die buntesten Gerüchte fortgesetzt, mit denen sich heute auch die Börsen beschäftigen: „Wir können nur wiederholt versichern, daß alle diese Gerüchte vollständig unbegründet sind, daß weder das ganze Kabinett, noch irgend ein Mitglied desselben demissionirt oder zu demissioniren beabsichtigt, da hierzu nach keiner Richtung hin ein Anlaß vorhanden ist.“ Alle eingelegten Blätter halten die Mitteilung über eine eingetretene Ministerkrise aufrecht, und behaupten, daß sie, wenn auch nicht formell, so doch thatsächlich bereits vorhanden ist. Der König lehre übrigens am Ende der Woche nach hier zurück und werde unter seinem Vorname ein Minister abgehandelt, in welchem die kirchenpolitischen Fragen erörtert, sowie darüber verhandelt werden solle, wann die definitive Entscheidung über die Konstitution der Demission des Ministeriums getroffen werden solle. Die kritische Schlagzeile lasse sich daher nicht leugnen, was auch die offiziellen Blätter zugeben.

Best, 25. Oktober. (W. L. Z.) Die in den Blättern verbreiteten Meldungen von einer Demission des Ministers für kroatische Angelegenheiten werden von zuständigen Stellen für völlig unbegründet erklärt.

Krafs, 25. Oktober. In Podgorze ist eine Person, in Pinski 5 Personen an der Cholera erkrankt.

Semlin, 25. Oktober. Ein Schüler der hiesigen Lehrerschule ist gestern an der asiatischen Cholera erkrankt.

Schweiz.

Bern, 25. Oktober. (W. L. Z.) Der Bundesrath wählte zum Direktor des hiesigen Internationalen Postbureaus den schweizerischen Ober-Postdirektor Heub. Zum Generalsekretär (Stellvertreter des Direktors) des Internationalen Bureaus für Eisenbahnsachverstand wurde der bisherige administrative Inspektor des schweizerischen Eisenbahn-Departements Barner gewählt, zum ersten Sekretär desselben Bureaus der Ingenieur Toussaint.

Frankreich.

Paris, 23. Oktober. Die „Agentur Dumas“ hatte vorgestern den Pariser Journalen ein Berliner Telegramm übermittelt, worin die Wucherungen rekrutirt waren, welche die deutsche Presse den gegen Deutschland bezüglich angeführten Unterstufung des Königs Behanin gerichtlich und ungeschworen hat angedeutet lassen. Es war darin auch angeführt, daß die in dem Hosenorte des Königs, die Dohme, Weib, etablierten

französischen Kaufleute ebenso, wenn nicht mehr als die dort anwesenden deutschen Kaufleute, in Friedenszeiten dem König Behanin unter den verschiedensten Namen aus Kriegsmaterial geliefert hätten. Die betreffenden französischen Häuser, welche in Marseille ihren Hauptsitz haben, sind dadurch veranlaßt worden, dem „Temps“ die folgenden Telegramme zu senden: „Marseille, 21. Oktober. Wir bitten Sie, die infame, von den Deutschen vorgebrachte Verleumdung auf das nachdrücklichste zu dementiren. Wir versichern, daß wir niemals, zu keiner Zeit, ein einziges verpacktes Material (munition) gegen die deutsche Armee, noch eine einzige Patrone nach Dohme oder nach irgend einem anderen Punkte der afrikanischen Küste verkauft haben. Die Verkäufer der verpackten Munition (munition) und Munitionen sind die Deutschen in Weib, namentlich das Haus Wolfer u. Dohm. Ein Deutscher, Namens Richter, hat den Dohm mehrere beibracht sich versetzen zu können und hat den Truppen Behanin's militärische Taktik gelehrt. Der Herr Richter.“ Das andere in Frage stehende Haus ist kürzer und bündiger: „Marseille, 21. Oktober. Zufall ist das einzige Wort, welches diese Verleumdung kennzeichnen kann, ge. Manie freies et cret.“ Diese wirklich gar zu weitgehenden Abwegungen allgemein bekannter Thatsachen, welche auch in keiner Weise die Ehrenhaftigkeit der genannten Marseiller Häuser schädigen oder den Patriotismus derselben in Frage stellen können, hat endlich nicht die bezweckte Wirkung hervorgerufen, da von allen Pariser Journalen nur zwei Heftblätter dieselben abdrucken, um Veranlassung zu weiteren Beschlüssen der Deutschen zu haben, und die „Lanterne“ sonar erklärt, mit diesem Dementi sei nichts erwiesen und die gefesselte Frage, ob die französischen Häuser Behanin Kriegsmaterial geliefert, bestränke sich nicht auf verpackte Munition. Nur ist die Thatsache, daß die französischen Häuser in Weib dem Landesheer auch Kriegsmaterial verkauft haben, schon durch den militärischen Zwischenfall bewiesen, der sich im Oktober 1889 daselbst zugetragen hat. Wenn damals der König Behanin, Vater des jetzigen Königs Behanin, das Haus Manie freies, Dohme u. Co. zwingen konnte, ihm unentgeltlich 40 Fässer Pulver zu liefern, als Strafe, weil er entsetzt hatte, daß seit mehreren Jahren die ihm gelieferten 71 Fässer Pulver „nicht voll“ gewesen seien, so erhielt doch daraus, daß das also gestrafte Haus Pulverlieferant des Königs von Dohme war und es muß auch daraus geschlossen werden, daß sich die Lieferungen von Kriegsmaterial nicht auf Pulver beschränkt haben. Der König Behanin hat aber damals nicht allein dem Hause Manie freies diese Strafe auferlegt, sondern auch die anderen in Weib etablierten europäischen Häuser, darunter auch das französische Haus Chyrien-Kabre und das deutsche Haus Götzel unter demselben Vorwande gezwungen, ihm unentgeltlich 20 Fässer Pulver zu liefern, was dieselben nach vergeblichem Widerstande auch gethan haben. Der Herr Richter hat sein an den „Temps“ gerichteter Dementi in einer Weise abgefaßt, als ob man ihn feindselig hätte, Rebellengewehr und ganze Kanonen an den König Behanin geliefert zu haben, was Niemanden in den Sinn gekommen ist. Aber es ist eine ebenso natürliche als unbefehrbare Thatsache, daß die in Weib etablierten europäischen Kaufleute — französische wie deutsche — so lange zwischen Dohme und Frankreich kein Kriegszustand bestand und die Küste nicht bloß war, dem König Behanin, in dessen Macht sie sich befanden, Alles gegen Geld oder Landesprodukte verkauft haben, was er von ihnen verlangt hat, und was sie im Stande waren ihm zu liefern. Ob diese Marseiller Herren das eine infame deutsche Verleumdung nennen, kann uns gleichgültig sein.

Paris, 23. Oktober. Die zuletzt einberufenen 54 Mischregimenter sind nun wieder auseinandergezogen. Im nächsten Jahre werden die Regimenter in Folge der neuen Organisation nunmehr aus Rekruten mit vierwöchiger Uebungszeit zusammengesetzt werden, soweit man sich nicht eben wie dieses Jahr wieder den Scherz erlauben will, so und soviel Aktivisten in die Mischregimenter der Reservearmee hineinzuschummeln. Was jetzt sind die Mischregimenter für die Einberufung der 1 bis 144 und 163 formirt; nur die Regionalregimenter 145 bis 162 besitzen kein entsprechendes Mischregiment oder nach der künftigen Benennung, Rekruteregiment. Nachdem kürzlich an dieser Stelle ein Mandatsbericht der „Globe“ mitgeteilt worden ist, worin die Haltung der Mischregimenter auf dem Marsche und im Terrain gelobt, besto mehr jene im Quartier getadelt wird, sei noch eine andere sachmännliche Kritik in der „Revue du Cercle militaire“ angeführt, welche auch an der Haltung der Gemischten im Marsch selbst wenig Gutes sagt. Soweit es zum Gesichte kam, war alles in Verwirrung, wobei Befehle und Gegenbefehle sich kreuzten. Wenn zum Unglück noch eine Terrainschwierigkeit die Situation verwickelte, so lösten sich die taktischen Bande vollständig; einzelne Gruppen bildeten sich und jeder handelte auf eigene Faust oder man sah lange Reihen von Soldaten durchs Gehölz irren, ohne Ordnung und Leitung u. s. w.

Die Umwandlung von Persignan soll weiter hinausgeschoben und ein neues Fort bei Peyrefitte gebaut werden. Wie der Statthalter von Indo-China nach Paris meldet, wäre die Nachricht von dem Uebertret regularer chinesischer Abtheilungen auf tonkinensisches Gebiet unbegründet. Nach der Lokalpresse ist die Ursache der offiziell gelegneten „Infiltration“ an der Grenze von Kwangsi in dem Grenzverhältnisse zwischen Oberst Serrières und dem chinesischen General Tjo bei der Grenzregulirung zu suchen. Letzterer soll sich in den beständigen Drohungen gegen Serrières im Besonderen und die Franzosen im Allgemeinen ergangen haben. Auch dem offiziellen „Temps“ ist das Verhältniß zwischen der Kanon und dem Oberkommandirenden der Befehlstruppen, General Dese, so schlimm, daß die baldige Rückkehr des Generals nach Frankreich zu erwarten ist. Beide haben ihre Partei in der Lokalpresse und beschreiben sich in den Blättern gegenseitig, zur Erhaltung der Ruhe und Fremden. Zu der optimistischen Beurteilung der Lage Tonkins, welche der tabellarische Profonul zur Schau trägt, paßt es übrigens nicht, daß aus Kuching ein Bataillon anamitischer Truppen nach Tonkin beordert worden ist.

Paris, 23. Oktober. Die „Agentur Dumas“ hatte vorgestern den Pariser Journalen ein Berliner Telegramm übermittelt, worin die Wucherungen rekrutirt waren, welche die deutsche Presse den gegen Deutschland bezüglich angeführten Unterstufung des Königs Behanin gerichtlich und ungeschworen hat angedeutet lassen. Es war darin auch angeführt, daß die in dem Hosenorte des Königs, die Dohme, Weib, etablierten

Paris, 25. Oktober. Der französische Generalanführer aus Marokko meldet, die Taut-Dase sei dem französischen Einflusse vollständig entzogen und von den marokkanischen Truppen besetzt worden; die Mission des französischen Gesandten in Bez gilt als gescheitert.

In Folge der hier eingetroffenen schlechten Nachrichten aus Tonkin über das Ueberhandnehmen der ausländischen Räuberbanden ist der Generalkommandant von Indo-China abberufen worden.

Paris, 25. Oktober. (W. L. Z.) Den Morgenblättern zufolge erklärte der italienische Konsul, Reimann, daß seine Neuernungen betreffend die französische Expedition nach Tunis, von dem Journal „Patri National“ unrichtig wiedergegeben seien.

Der Oberkommandant der französischen Truppen in Indo-China, Brigadegeneral Rosta, kehrt wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem General-Gouverneur der Kanessan nach Frankreich zurück.

Paris, 25. Oktober. (W. L. Z.) Nach den in der heutigen Sitzung des Gesundheits-Rathes gemachten Mittheilungen sind in Frankreich in der Zeit vom 16. d. bis zum 22. d. 90 Cholera-Erkrankte vorgekommen, davon 9 in Paris, 7 in Havre und 33 in Marseille.

Der Minister des Auswärtigen Rost hat bei den Mächten wegen der über die Herkunft aus Marseille verhängten Quarantäne protestirt. Die in Havre und Marseille ausgebrochenen Epidemien werden künftighin dahin lauten, daß die Cholera-Epidemie als erfolglos betrachtet wird.

Paris, 25. Oktober. (W. L. Z.) Entgegen den gestern vom „Temps“ aus Tanger gebrachten Nachrichten wird in Regierungskreisen versichert, daß die französische Regierung zu einer Verjährung der Dase Taut durch den Sultan von Marokko sich keineswegs zutunm verhalten habe. Frankreich habe keine Ansprüche in dem algerisch-marokkanischen Grenzgebiete in keinerlei Beziehung aufgegeben.

Carmax, 25. Oktober. Bürgermeister Salomon und die sozialistischen Abgeordneten sind nach hier zurückgekehrt. Die Präfecten der Departements Nord und Pas de Calais melden, die Bergarbeiter bereiten einen allgemeinen Ausstand für den Fall vor, das Louvres Schiedsspruch für die Ausländer ungünstig ausfalle.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Oktober. Für den 28. d. M. ist eine Sitzung des Geheimraths nach Valmar berufen worden, bei welcher Gelegenheit die Königin dem Bernehmen nach mehrere wichtige Staatsdokumente unterzeichnen und auch eine Proclamation erlassen wird, durch welche das Parlament bis Mitte Januar vertagt wird, um dann zur Erledigung der Geschäfte zusammenzutreten. Demnach ist das Ministerium von seinem Verhaben, die Session erst im Februar zu beginnen, abgekommen.

Für nächsten Donnerstag ist der erste Kabinetsrat einberufen worden. An diesen werden sich mehrere Sitzungen, die von Zeit zu Zeit während der folgenden Wochen abgehalten werden sollen, reihen.

Gladsstone hat gestern den ersten Spatenstich zur neuen Dee-Eisenbahn. In seiner Rede sagte der Herr, daß damit fast der letzte Schritt vollendet sei, welches mit Liverpool in direkte Verbindung zu setzen. Die Zeit sei nicht fern, wo er direkt von seinem Lande nach Havard nach Keltone zu Eisenbahn reisen könne.

Ueber die Ursache des Todes Lord Tennisons bemerkt das „British Medical Journal“: „Es heißt allgemein, daß die Influenza die unmittelbare Ursache des Todes Tennisons war. Dr. Dubs theilt nur mit, daß die Symptome 36 Stunden, nachdem die Krankheit begonnen hatte, vornehmlich die der Influenza waren. Dennoch bildet die Hauptursache die Erschöpfung der Kräfte. Nur die stete Pflege der Umgebung konnte Tennison überhaupt so lange am Leben erhalten.“ Gestern reiste Lord Hallam Tennison mit seiner Mutter nach Freshwater auf der Insel Wight.

Die von über 4000 Personen unterzeichnete und von der antipathischen Gesellschaft vorbereitete Petition gegen die Wahl des Albenham Knill zum Londoner Oberbürgermeister wurde zur Begutachtung ihrer Majestät dem Staatssekretär des Innern in Whitehall gestern unterbreitet.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Oktober. Der Minister des Innern Jørgensen brachte heute im Folketing eine Eisenbahnvorlage ein, in welcher 30 Millionen Kronen gebort werden, davon 16 Millionen vom Bau einer Zentralstation und unterirdischer Eisenbahn-Verbindungen in Kopenhagen. Der geordnete Betrag soll durch eine mit 3 1/2, oder 4 % verzinsliche Staatsanleihe aufgebracht werden.

Schweden und Norwegen.
Christiania, 25. Oktober. Die Redaktionen von „Aftenposten“, „Dagbladet“ und „Morgenbladet“ hatten an den Staatsminister das Gesuch gerichtet, dem Staatssekretariate die Ordre zu geben, daß Mittheilungen über im Staatsrathe zu Etodholm gefasste Beschlüsse, gleich nachdem die an Etodholm eingegangenen Telegramme unter den Mitgliedern der Regierung zirkuliren, dem Herausgeber der „Departements-Tidende“ zugeleitet werden möchten und dieser dann durch lose Abzüge die Mittheilungen den hiesigen Zeitungen und Telegrammbureaus zugänglich mache. Die genannten Zeitungen sprechen jetzt dem Staatsminister strenge öffentlich ihren Dank dafür aus, daß er dem erwünschten Gesuche in vollem Umfange stattgegeben hat.
Petersburg, 25. Oktober. (W. L. Z.) Die „Woross“-Ztg. giebt, gestützt auf den gestrigen günstigen Reichsanwalt-Anweis, der Meinung Ausdruck, daß die Gerüchte von einer dieser Tage bevorstehenden neuen Emission von 25 Millionen Rubel Kreditbills nicht genügend begründet erscheinen.
Der „Ruski Swobod“ veröffentlicht die Formirung von 4 Reserve-Infanterie-Regimenten zu zwei Bataillonen unter den Nummern 190 bis 193, sowie die Ernennungen der Kommandeure und Offiziere genannter Regimenter.

Rumänien.

Bukarest, 25. Oktober. In der demnächst zu eröffnenden Parlamentsession wird die liberale

Dukaten per Stück	9,72 63	Engl. Banknoten	24,75 b
Souvereigns	20,37 9	Frans. Banknoten	80,95 b
20 Francs st. Stück	—	Oesterr. Banknoten	170,20 b
Dollar	—	Russ. Roen	201 00 a

